



# Interviews

**Datum: 02. Mai 2024**

**Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Otto Fricke**

**Dirk-Oliver Heckmann:** Am Telefon begrüße ich dazu Otto Fricke von der FDP. Er ist haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion im Deutschen Bundestag. – Schönen guten Morgen, Herr Fricke.

**Otto Fricke:** Einen schönen guten Morgen aus dem sonnigen Berlin in die Heimat.

**Heckmann:** Wir erinnern uns alle an die heftigen Diskussionen um den Haushalt 2024 im vergangenen Jahr. Wie heftig wird es diesmal?

**Fricke:** Na ja, nach innen sicherlich ähnlich heftig, weil es wie immer um Verteilungskämpfe zwischen den Ministerien sehr gerne geht, weil jeder versucht, für sich den einfachen Weg zu gehen, auf die Anforderung, wir brauchen mehr Geld, als Minister zu sagen, du bekommst es. Ich hoffe aber, dass es kommunikativ anders läuft, denn das Entscheidende bei Haushaltsverhandlungen ist, die ja bis zum Ende des Jahres laufen – es ist ja ein Gesetz, das muss am Ende der Bundestag beschließen -, ist nicht jedes Detail sofort in die Öffentlichkeit zu tröten, bevor man nicht genau weiß, wo die Reise hingeht. Da hoffe ich, dass es besser läuft, als es nach dem Verfassungsgerichtsurteil gelaufen ist.

**Heckmann:** Sie hoffen, dass es besser läuft, aber sicher sind Sie nicht?

**Fricke:** Nein, sicher bin ich nicht. Wissen Sie, wenn Politiker erzählen, wir bereiten es besser vor und wir können das ganz toll – nein, es ist das schwierige Thema. Es ist wie bei uns zuhause auch, wenn es um die Frage geht, wieviel Geld ist da, wofür geben wir es aus, wo wird gespart. Dann ist spätestens bei der Frage, wo wird gespart, die Diskussion groß, weil jeder sagt, ich bin ja durchaus irgendwo fürs Sparen, ich muss ja vernünftig sein, aber bitte nicht bei mir. Deswegen bin ich da vorsichtig. Ich mache das jetzt seit 2002. Das ist egal in welcher politischen Konstellation immer

eine Auseinandersetzung, die aber – und das ist wichtig – zur Demokratie dazugehört.

**Heckmann:** Wie groß ist denn jetzt der Fehlbetrag, der eingespart werden muss? Da steht ja ein Betrag von 25 Milliarden Euro im Raum.

**Fricke:** Jetzt sage ich eine Antwort, wo alle sagen werden, der Fricke ist naiv. Wenn ich das genau wüsste, dann wäre ich weiter als der Rest der Welt.

**Heckmann:** Aber Sie sind ja schließlich haushaltspolitischer Sprecher.

**Fricke:** Ja, genau!

**Heckmann:** Sie kennen sich aus.

**Fricke:** Deswegen kann ich Ihnen die Tendenz angeben. Ich kann Ihnen sagen, dass das Problem darin erst einmal besteht, dass wir im Haushalt 2024, also im laufenden, ein Volumen haben, das sich auf ungefähr 475 Milliarden, genau 476,8 Milliarden bezieht und dass die von der Bundesregierung – Achtung: nicht vom Finanzminister, sondern vom gesamten Kabinett im Jahr 2023 für 2025, für das kommende Jahr beschlossene Zahl auf 450 Milliarden beruft. Ungefähr kann man sagen, ein mathematisches Delta von 25 Milliarden. Wenn das aber die Antwort wäre, würde ich vergessen, dass zwischen '23 und heute ziemlich viel passiert ist: Veränderung Wirtschaftswachstum, neue Konjunkturprognose, andere Steuerschätzungen, andere Arbeitslosigkeit und so weiter. Aber ein unterer zweistelliger Milliardenbetrag ist noch unklar und muss bis Ende November, Beschluss des Bundestages, geklärt werden.

**Heckmann:** Wobei die Konjunkturprognosen nicht sehr günstig aussehen. – Die Kürzungspläne bergen erhebliches Konfliktpotenzial in der Koalition. Schauen wir mal auf den Verteidigungshaushalt. Der soll unangetastet bleiben.

**Fricke:** Richtig!

!

**Heckmann:** Die geplanten Mittel reichten aber bei weitem nicht aus, hat Verteidigungsminister Pistorius schon klargemacht. Das Verteidigungsministerium schätzt, dass es vier bis 6,5 Milliarden Euro mehr brauche. Ansonsten drohe ein Rüstungsstopp, wurde hinter verschlossenen Türen gesagt. – Gehen die Sparpläne auf die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands?

**Fricke:** Das ist jetzt spannend. Wir haben gerade beide festgestellt – der Kollege Vieweger hat es auch im Bericht wie immer sehr präzise dargestellt -, es wird beim sogenannten Einzelplan 14, Verteidigung, nicht gekürzt. Das sind 52 Milliarden in diesem Jahr und das ist eigentlich auch das, was in der Finanzplanung für das Jahr 2025 vorgesehen ist.

**Heckmann:** Es wird nicht gekürzt, aber Pistorius sagt, er braucht mehr.

**Fricke:** Ja, genau. Und dann haben wir das Sondervermögen, in dem auch ausgegeben wird, wo die Verträge inzwischen geschlossen sind, wo es übrigens noch vor einem halben Jahr hieß, die kriegen das alles gar nicht hin, und jetzt sagt ein Verteidigungsminister, ich hätte aber gerne noch mal mehr. Das verstehe ich, sage aber dann auch deutlich, es gibt andere, egal welcher Farbe, in Ministerien, wo gekürzt wird, wo die Zahlen runtergehen, und dann muss man sagen, wenn ich das möchte, weil ich gute Gründe dafür habe – und die hat jeder Minister für seinen Bereich -, dann muss ich auch sagen, wo ich es hernehme. Dann muss ich entweder sagen, bei einem Kollegen – da bin ich gespannt, welcher Kollege und welche Kollegin ihm dann hilft -, oder ich muss sagen, ich will Steuererhöhungen. Da bin ich gespannt, wer ihm da außerhalb der FDP hilft. Die FDP jedenfalls wird es an der Stelle nicht tun.

**Heckmann:** Es gibt noch eine andere Möglichkeit, die Schuldenbremse zu reformieren. Das wollen SPD und Grüne.

**Fricke:** Und die Ministerpräsidenten der CDU, ja!

**Heckmann:** Einige Ministerpräsidenten der CDU haben sich da auch offen gezeigt. Sie halten die Schuldenbremse allerdings wie eine Monstranz vor sich her, haben viele den Eindruck.

**Fricke:** Ja, auf den ersten Blick sieht das so aus, als wäre es eine Monstranz. Aber ich sage das ganz einfach: Das ist unsere Verfassung und eine Verfassung als Monstranz, wenn wir jetzt in dem Beispiel einer Fronleichnamsprozession bleiben, vor sich herzutragen, finde ich als Verfassungspatriot ja gar nicht schlecht.

**Heckmann:** Aber die Schuldenbremse könnte man trotzdem ändern.

**Fricke:** Ja, klar! Man kann, wenn man Zwei-Drittel-Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat hat, und das ist das, was bei der Diskussion nicht wirklich zielführend ist. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat jetzt innerhalb dieses Jahres zu bekommen, selbst wenn ich sage, die Ministerpräsidenten der CDU machen das, was sie eigentlich nie machen wollten, nämlich sie wollen selber an die Schuldenbremse ran - übrigens nur für die Länder, sagen sie, faktisch fürs Ganze -, da bleibe ich aber dabei: ich kann die im Bundestag nicht erkennen, es sei denn, man würde sagen, die SPD wechselt auf eine Koalition mit der CDU und Friedrich Merz ist auf einmal bereit, das zu ändern. Deswegen nein, die Realität ist doch, da gibt es keine Zwei-Drittel-Mehrheiten, und dann ist es eine Chimäre. Dann ist es ein Ablenkungsmanöver zu sagen, wir können ja ändern. – Nein, wir können nicht ändern, es gibt dafür keine Mehrheiten.

Und noch zwei Punkte. Erstens: Es ist nur eine Ablenkung, nämlich du musst immer überlegen, wo kann ich weniger ausgeben, wenn ich woanders mehr ausgeben will. Das zweite, was mir viel, viel wichtiger ist an der Stelle: Ich kann nicht immer diesen einfachen Weg gehen, oh, ich habe ein Problem, dann gebe ich mal mehr aus. Da sagt die Schuldenbremse auch, nicht schwarze Null, sondern sie sagt, du darfst dich verschulden in einem gewissen Maße.

**Heckmann:** Im geringen Ausmaß, ja.

**Fricke:** 25 Milliarden mehr Verschuldung ist schon nicht gering. Nur, um das mal zu sagen. 25 Milliarden ist viel an Neuverschuldung.

**Heckmann:** Die USA und China nehmen Milliarden über Milliarden in die Hand. Laufen Sie nicht Gefahr, die Konjunktur abzuwürgen mit diesem strikten Sparkurs?

**Fricke:** Das ist eine Argumentation, die man bringen kann. Wir sehen aber dann auch, dass Amerika mit seiner Verschuldung, die, als ich mit der Politik 2002 als Haushälter angefangen habe, noch unter der Staatsverschuldung Deutschlands war, die jetzt weit in Richtung französischer Verschuldung gegangen ist, dass die inzwischen Inflationsprobleme haben, dass sie jetzt auf einmal feststellen müssen, anders als in Deutschland, sie haben ihre Inflation nicht unter Kontrolle, weil sie einfach rausgehauen haben und jetzt sagen müssen, oh, das Problem müssen wir dann wohl entweder mit noch höherer Inflation, oder mit höheren Zinsen machen. Und beim Thema Zinsen sind wir bei der zweiten Frage. Ich kann die Zinsen weiter oben halten. Das kostet mich dann aber 40 Milliarden und schwups habe ich das nächste Problem, warum ich kein Geld habe, um an anderer Stelle vernünftig zu investieren, und da hat sich die letzten vier, fünf Jahre gezeigt, dass wir sowohl bei Corona als auch bei der Frage Energiekrise als Staat reagieren konnten, weil wir es bei der Verschuldung nicht übertrieben haben, aber Achtung, auch nicht auf null gefahren sind.

**Heckmann:** Herr Fricke, der Streit um die Kindergrundsicherung, die ja im Koalitionsvertrag steht, hat sich zu einer Art Grundsatzstreit entwickelt. Finanzminister Lindner hat bereits angekündigt, dass die Umsetzung in dieser Legislaturperiode gar nicht mehr machbar sei. Torpediert die FDP dieses Projekt, mit dem Millionen Kinder und Jugendliche aus der Armut herausgeholt werden sollen?

**Fricke:** Nein! Erstens, weil es noch viele, viele andere Einzelposten im Haushalt gibt, mit denen genau hier geholfen werden soll. Alleine die Überlegung, was wir jetzt getan haben über die Forschungs- und Bildungsministerin, nämlich gerade in den Schwerpunktbereichen Deutschlands, wo wir gerade diese Kinder unterstützen müssen, Milliarden zu geben. Das geht! Aber das andere ist, was ist denn der Grund, warum es nicht geht. – Es gibt ein vereinbartes Vorgehen beim Haushalt. Jeder tut jetzt so, weil das Bild so schön ist, der böse, böse Finanzminister schreibt den anderen Sparbriefen. Nein, Kanzler, Vizekanzler und Finanzminister haben vereinbart, dass

die vom Kabinett beschlossene, von allen Ministern mit beschlossene Finanzplanung für das Jahr \_25 Basis ist. Das heißt, jedes Ministerium weiß, wieviel Geld ihm zur Verfügung steht, und kann dann Prioritäten setzen - das ist immer einfach, sagt jeder Politiker, wir müssen Prioritäten setzen -, muss dann aber auch (und das ist schwierig) sagen, wo sind Posterioritäten, auf was muss ich verzichten. Und wenn Frau Paus in der Lage ist, mit ihrem Etat zu sagen, ich baue um, da sind Dinge, die funktionieren nicht mehr, und ich rede noch mal mit anderen aus meiner Partei und aus der SPD und aus der FDP, wo man noch mehr geht, dann kann man das machen. Aber einfach nur zu sagen, ich will das jetzt haben, wo das Geld herkommt, soll der Finanzminister machen, das wird nicht funktionieren.

**Heckmann:** Das heißt, das Projekt ist gestorben?

**Fricke:** Ich bin gespannt. Das werden wir ja heute sehen. Heute Dienstschluss, wie man so schön sagt, ist die Abgabefrist und dann bin ich gespannt, was Frau Paus an der Stelle vorlegen wird und inwiefern sie die Kindergrundsicherung, die ja in Teilen in der Finanzplanung drin ist, dort einbaut. Das ist aber – und das ist der Vorteil an dem Vorgehen, dass es nicht wie früher so einen Eckwertebeschluss gibt, und dann gibt der Finanzminister vor, welcher Einzelminister was wo macht, sondern dass jeder Minister jetzt für sich sagen kann, da ist meine Priorität, aber auch mal sagen muss, okay, ich sehe ein, an der Stelle gibt es ein bisschen weniger, damit ich das Bessere machen kann.

**Heckmann:** Herr Fricke, die FDP pocht darauf, keine neuen Schulden oder nicht noch mehr Schulden zu machen, die Schuldenbremse aufzuweichen oder zu reformieren. Andererseits fordert die FDP, den Soli komplett abzuschaffen. Das kostet schlappe zwölf Milliarden Euro. Ist das seriöse Finanzpolitik a la FDP?

**Fricke:** Wenn das einfach so in einem Schritt gemacht wird und einfach on top – nein, dann wäre es das nicht. Wenn wir aber sagen, das ist das, wovon wir runter wollen, wenn wir gleichzeitig auch sagen, wir sind an anderen Stellen bereit, über Subventionen zu reden, wenn wir gleichzeitig auch sagen, wir wollen ein Moratorium bei den Sozialausgaben, keine Kürzungen, wie dann sehr gerne vorgeworfen wird, dann kann man das Stück für Stück machen, wenn Ziel einer solchen Abschaffung der eigentliche Grund ist, dass in Deutschland mehr investiert wird. Denn das ist das

Problem. Wir brauchen eine Wirtschaftswende. Die funktioniert nur, wenn diejenigen, die investieren – und das sind übrigens zu 80 Prozent Private, nicht der Staat; man glaubt ja immer, der Staat würde die Hälfte der Investitionen machen, er kommt vielleicht auf 20 Prozent. Dafür brauche ich das. Es geht ja bei einer solchen Abschaffung einer solchen Regelung darum, wobei wir noch nicht mal wissen, ob uns nicht das Verfassungsgericht auch hier wieder Vorgaben im Herbst machen wird, an der Stelle nicht zu sagen, jemand kriegt mehr Geld, sondern dass investiert wird, dass Arbeitsplätze gesichert werden und dass unsere Wirtschaft nachhaltiger wird.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*